

# VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

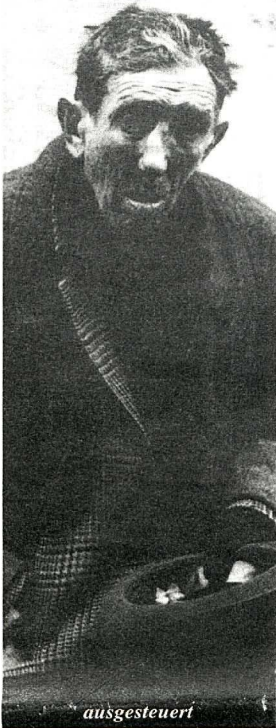
öS 8.-

- Bildung
- Wir brauchen eine Revolution
- Nordirland
- Lauschangriff

## Regierung betreibt Sozialabbau

# Nein zum Sparpaket!

Sozialistische Linkspartei / SLP  
 Österreichische Sektion des CWI/IAI  
 Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien  
 Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
 E-Mail: slp@oni.at



ausgesteuert

Das Belastungspaket ist ausgehandelt: Über 100 Milliarden öS werden vor allem bei der Bevölkerungsmehrheit „gespart“ - durch empfindliche Einkommenseinbußen und Sozialabbau. Die Unternehmerseite schmunzelt zufrieden. Denn ihre Vorstellungen bestimmen klar die Richtung, in die wir marschieren sollen. Beim Tempo dürfen die SPÖ- und Gewerkschaftsspitzen noch mitreden. Zu sehr fürchtet sich das Kapital vor „französischen Verhältnissen“ in Österreich.

Redaktion Wien

Gewerkschaft und SPÖ: Die Führung von Häupl bis Verzetnitsch tut „staatstragend“ wie noch nie. Tatsächlich übernahm sie die undankbare Aufgabe, ihren Mitgliedern bzw. Wählern soziale Ungerechtigkeit als Erfüllung von Versprechen wie „Sparen ja, aber gerecht“ zu verkaufen. GPA-Chef Sallmutter, der noch 1994 mit Kampfmaßnahmen drohte, hat nach der Niederlage beim 8. Dezember jetzt auch dieses Paket als „sozial ausgewogen“ akzeptiert. Metallergewerkschaftschef Nürnberger macht

sich sogar wegen der wenigen Maßnahmen, die auch Unternehmer betreffen, Sorgen: „Bei der Energiebesteuerung soll auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der energieintensiven Produktionszweige Rücksicht genommen werden“ (O-Ton MBE-Resolution). Die Metallergewerkschaftsspitze, Anwalt des „notleidenden Kapitals“ schweigt zu Arbeiterinnen und Arbeitern, die von Massenarbeitslosigkeit betroffen sind.

300.000 Arbeitslose und kein Konzept

Auf 300.000 Arbeitslose kommen

19.000 offene Stellen! Die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst und bei den Frühpensionen werden die Zahl der Beschäftigungslosen weiter in die Höhe treiben. Die Regierung hat in dieser Situation drastische Angriffe auf Arbeitslose vorgeschlagen:

- 1.) Einführung eines Arbeitsdienstes für Langzeitarbeitslose; also der Einsatz von Menschen ohne Beschäftigung zum Lohnstricken gegenüber anderen Arbeitnehmern.
- 2.) Kürzung des Arbeitslosengeldes (z.Zt. durchschnittlich öS 9.000,-) durch Verdoppelung der Durchrechnungszeiträume.
- 3.) Abstufung der Notstandshilfe (z.Zt. durchschnittlich öS 7.000,-) nach Versicherungsdauer; Möglichkeit der Aussteuerung, also keine Zahlung mehr zu bekommen!
- 4.) Reale Senkung der Mittel für das Arbeitsmarktservice.

Die Antwort der Gewerkschaftsführung: Bildungs-, Qualifikations- und Technologieoffensive. Wir haben nichts gegen Bildung - im Gegenteil! Aber wo kämpft der ÖGB z.B. gegen die geplante Reduktion der Deutschstunden in den Hauptschulen? Oder gegen die Belastung der Studenten mit bis zu öS 80.000,- im Jahr?

Bildung und neue Technologie alleine schaffen auch keine neuen Arbeitsplätze. Das geht nur durch Arbeitszeitverkürzung (und zwar bei vollem Lohn), um so den technischen Fortschritt zu nützen und Arbeit gerecht zu verteilen.

Am Scheideweg

Was wir von SPÖ und ÖVP im Auftrag der Unternehmer serviert bekommen heißt: Umverteilung von unten

nach oben und sozialer Kahlschlag. Gehen wir diesen Weg mit und lassen uns Jahr für Jahr ein neues „Konsolidierungsprogramm“ bescheren?

Oder beginnt der angebliche „gesellschaftliche Grundkonsens“ abzubreitern? Widerstand fällt aber nicht vom Himmel. Er muß jetzt vorbereitet werden! Dieses „Konsolidierungspaket“ ist Klassenkampf von oben. Es bringt aber gleichzeitig das „sozialpartnerschaftliche Denken“, das Vertrauen in die Politik des „Ausmauscheln“ ins Wanken. Viele Arbeitnehmer und Jugendliche empfinden das, was jetzt geschieht, als enorme Ungerechtigkeit: Die Besitzenden stehlen sich davon und die Masse hat es auszubaden. Überall wird heftig diskutiert. In diesem Meinungsbildungsprozeß der Arbeiterklasse sind rechte Reflexe genauso möglich wie das Hinwenden zu linken, klassenkämpferischen Positionen. Hier bilden sich Widerstandsmöglichkeiten - oder werden vertan, wenn sie ungenutzt bleiben.

Dem Haider die „Taferln“, aus der Hand zu reißen und einen echten Kampf gegen diese Regierung und ihr Sparpaket zu organisieren ist deshalb die wichtigste Aufgabe aller Gewerkschafter und Linken.

Linke Gegenwehr jetzt!

Wir brauchen eine starke Anti-Sozialabbau-Bewegung, die gemeinsam mit ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen den Kampf organisiert. Einzelne Kämpfe - sei es im Betrieb X, der Schule Y oder Beamtengruppe Z - müssen gebündelt werden. Wir wollen nicht nur einzelne Steine aus diesem Paket herauschlagen. Wir wollen die ganze Mauer der Sozialabbauer zum Einsturz bringen.

## Gewerkschaft nimmt an - Wir lehnen ab!

„Einen bundesweiten Protesttag“ aller Postler hat die Postgewerkschafts-Führung Ende Februar angekündigt. Wenn sie das wahrmacht, ist das mehr als die Ehrenrettung des ÖGB. Denn damit könnte ein Stein ins Rollen gebracht werden, der das ganze Sparpaket zu Fall bringt. Schülerorganisationen (wie die SAP) werden auf jeden Fall, die Studentenvvertretung (ÖH) vielleicht aktiv. Die „Plattform gegen das Belastungspaket“ hat sich auf eine Aktionswoche und eine Großde-

monstration im März geeinigt. Die gemeinsame politische Grundlage der teilnehmenden Organisationen unter ihnen auch „Vorwärts“ - ist die Ablehnung des gesamten Sparpakets. Nicht so leider die ÖGB-Führung und vor allem der Vorstand der Beamtengewerkschaft GÖD: Sie haben - trotz Protesten einzelner Untergliederungen (z.B. der Lehrern) und Fraktionen (GLB, GE, UG...) - das gesamte Paket angenommen. Was droht, sind Massenaustritte aus der Gewerkschaft.

## Kampfansage der Regierung an:

- Beamte: 11.000 Stellen Personalabbau und Reallohnkürzungen
- Arbeitslose und NotstandsbezieherInnen
- Frauen: Halbierung des 2. Karenzjahres
- Jugendliche: Kürzung bei Freifahrt und Beihilfen
- AusländerInnen: Abschaffung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder
- Alle ArbeitnehmerInnen: Erhöhung der Massensteuern und massive Verschlechterung der Pensionsberechnung

Wir fordern: Umverteilung statt Sozialabbau!



Der Standpunkt:

Blut und Tränen



von John Evers

Jetzt ist klar, wer „bluten und weinen“ soll: All jene, denen die SPÖ die Verteidigung von sozialen Rechten versprochen hat. Jubelschreie gehen dafür anders vor sich: Die bürgerlichen Medien, die Bundeswirtschaftskammer und die EU-Finanz-Kommission. Die sozialen Konsequenzen des 100 Milliarden-Wahnsinn sind berechenbar: Zehntausende neue Arbeitslose, Zehntausende, die unter die Armutsgrenze fallen; Zehntausende, die nun eine schlechtere Ausbildung oder weniger Pension erhalten. Doch eines ist auch auf der politischen Ebene klar:

Das hat Folgen

Die SPÖ befand sich bis zu den Wahlen 1995 im freien Fall nach unten: Niederlagen, Austritte und gleichzeitig ein Sieg nach dem anderen für die F... Das Wahlergebnis '95 markierte keine Trendumkehr, sondern eher eine Unterbrechung dieser Entwicklung. In einer polarisierten Situation gelang es mit einem von sozialen Tönen geprägten Wahlkampf, bestimmte Schichten (ein letztes Mal?) zur Stimmabgabe für die SPÖ zu bewegen. Mit diesem Ergebnis in der Tasche verwirklichte Vranitzky, Klima und Stix jetzt alles, was den Schlüssel-Diz-Kurs ausmachte, „Wozu haben wir euch gewählt?“ werden sich viele „wütend zurecht“ fragen. Wie viele tausende Parteimitglieder und Wähler werden jetzt die SPÖ für immer verlassen? Hier werden nicht nur alte Strukturen zusammenbrechen, sondern auch jegliches Vertrauen in das „alle“ politische System. Das ist durchaus nichts Negatives - im Gegenteil. Die Frage ist nur: Wer profitiert davon?

Wo ist die Gegenlobby?

Im derzeitigen Sozialabbauferne fehlt eine Kraft, die Widerstand organisiert und auch politisch gegen die allgemeine Sparpropaganda auftritt. Es ist unerträglich, wenn bei Diskussionsrunden im ORF die einzige Organisation, die scheinbar Fundamentalkritik an der Regierungspolitik übt, die FPÖ ist. Gleichzeitig wird einem speibell, wenn sich Gewerkschaftsbosse gegenseitig zum „Sparen“ bei ihrer jeweiligen Klientel anstacheln. Und wo sind die linken Jugendorganisationen? Wo ist der Widerstand der Gewerkschaften, der SJ, JG, AKS, der „linken“ Studentenbewegung? Wo ist vor allem ihr Beitrag zu einer starken linken Anti-Sozialabbaubewegung?

Die Regierung hat uns den Kampf angesagt

Jeder, der auf Seiten der großen Bevölkerungsmehrheit steht, hat im Grunde gar keine andere Möglichkeit, als gegen diese Regierung und ihre Sparpakete zu kämpfen. Die Argumente, „den Händer zu verhindern“, indem man einmal mehr große Teile seines Forderungenkataloges verwirklicht, ist lächerlich. Gerade jetzt besteht eine vielleicht historische Chance, durch breiten Protest - vor allem der Gewerkschaften - auch in Österreich endlich „von links“ zu polarisieren.

„Wir werden nicht zulassen, daß Frauenrechte mißachtet werden“

Diese Ankündigung prangte vor nicht allzu langer Zeit auf Dreiecksständen und Plakativwänden. Der vermeintliche Kampf der SPÖ-Führung gegen das rückständige Frauenbild der ÖVP erwies sich jetzt als ideologisches Scheingefecht.

von Claudia Sorger/SJ 3 und Sissi Huber/SPO 9

Die ÖVP setzte sich bei den Verhandlungen - mit Ausnahme des Zeitrahmens für neue Pensionsregelungen - in allen Punkten durch. Damit wurde nahezu das gesamte „Frauenpaket“ - noch unter Dolmal verwirklicht - mit einem Schlag vernichtet. Im Nationalratswahlkampf 1994 war genau dieses Paket noch „der“ große Erfolg gewesen, den die SPÖ erbeute.

Der Karenzurlaub wird beschränkt auf 18 Monate mit der Möglichkeit, daß der andere Elternteil zusätzlich sechs Monate in Anspruch nimmt. Es wird keine Ausnahmeregelungen für alleinerziehende Mütter geben. Eine weitere Verschlechterung, nachdem schon der Bezug des erhöhten Karenzgeldes eingeschränkt wurde. Für viele - armutsgefährdete - Familien ist es aufgrund des Lohngefälles zwischen Mann und Frau gar nicht möglich, daß der Mann in Karenz geht. Über die „Karenschiene“ die starren Rollenbilder aufweichen zu wollen, ist deshalb mehr als zynisch. Zusätzlich wird es auch die „Kinderbetreuungsmilliarden“ nicht geben.

Die Streichung der Geburtenbeihilfe trifft verhältnismäßig arme Frauen und Familien stärker. Sie ist auch geburtsrechtspolitisch ein Wahnsinn, was durch der Mutter-Kind-Paß (Vorsorge-

Versicherungsjahren auf 60% statt bisher 75% der Bemessungsbasis herabgesetzt. Dadurch wird das faktische Pensionsantrittsalter, vor allem bei Frauen, angehoben. Dazu kommt die geplante Anhebung von 180 auf 240 innerhalb von 360 Kalendermonaten. Das führt dazu, daß Frauen, die ihren Job verlieren, im Alter wieder vom Mann abhängig sind. Die Anhebung der Anwartschaft

ihrem Amtsantritt wurden die Ernennungsschichten der Ära Döhl erheblich beschnitten. Die ÖGB-Frauenvorsitzende hat gesagt das Faß ist am Überlaufen. Das ist richtig. VORWÄRTS-UnterstützerInnen greifen deshalb gegen die „Sparmaßnahmen“ und die Untätigkeit der Frauenspezifischen Initiativen mit anderen Organisationen die Initiative für eine Protestaktion am 8.März.

SOV - die neue sozialistische Organisation!

Bei einer Konferenz Anfang dieses Jahres haben VORWÄRTS Mitarbeiter und Unterstützer aus Wien, Niederösterreich und Oberösterreich beschlossen die Gründung einer neuen sozialistischen Organisation bis Mai 1996 voranzutreiben.

Achtlosigkeit, Sozialabbau, Rechtsextremismus und Umweltzerstörung - es war noch nie so notwendig, aufzustehen und selbst aktiv zu werden. Alle etablierten Parteien haben versagt und werden von vielen ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen und PensionistInnen zu Recht abgelehnt. Von den klassischen bürgerlichen Parteien ist ohnehin nur Politik für's große Geld zu erwarten. Aber auch die offizielle Linie von SPÖ und Grünen ist immer stärker nach rechts gerückt und tritt offen für den Abbau sozialer Errungenschaften ein. Beide Partei-Führungsstände nicht bereit, Widerstand zu organisieren. Profiteur hat davon vor allem Haider. Diesen Entwicklungen wollen wir nicht einfach zusehen. Wir von VORWÄRTS haben schon bisher, als aktive linke Gewerkschafts- und SPÖ-Mitglieder eine Fülle von Aktivitäten gesetzt. Unser erfolgreichstes Projekt war die Gründung der linken, unabhängigen Organisation „Jugend gegen Rassismus in Europa“.



Das ist es an der Zeit, mit der Gründung einer neuen sozialistischen Organisation den rollenden Angriffen von Rechts eine linke Alternative entgegenzustellen. Darum haben wir von VORWÄRTS uns entschlossen die „Sozialistische Offensive VORWÄRTS“ zu gründen. Unser Ziel ist es, ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen die gegen dieses System und seine Auswirkungen kämpfen wollen, die Möglichkeit zu geben, sich zu organisieren. Wir wollen gemeinsam als private Lohnkürzungen, Sozialabbau, Privatisierung und Rassisten/Faschisten vorgehen. Wir wollen aber auch Verbesserungen erreichen - z.B. für alleinerziehende Mütter, für Jugendliche und für unsere ausländischen KollegInnen.

Aber wir machen nicht bei den Grenzen des Systems halt. Der Kapitalismus bedeutet für die Mehrheit der Menschen Armut, Elend und Unterdrückung. Auch wenn es nicht möglich ist, so ist die grundlegende Voraussetzung der Gesellschaft letztendlich die einzige wirklich dauerhafte Lösung. Da Sozialismus nur weltweit funktionieren kann hat sich auf internationaler Ebene dieses Ziel das „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ gesetzt. Gemeinsam mit unseren GenossInnen - die in über 40 Ländern aktiv sind - wollen wir hier in Österreich in Zukunft dazu beitragen.

zum Bezug der Arbeitslosenversicherung von 26 auf 28 Wochen trifft Frauen hart, die nach Karenz und Beihilfe ihr Leben verlieren. Dieses Sparpaket bedeutet einen gewaltigen Rückschritt für Frauen. Alleinerziehende sind noch stärker als bisher von Armut bedroht. Die Abhängigkeit der Frauen von Männern steigt enorm: Kürzungen bei Pflegegeld, Geburtshilfe und Kitzelgeld als auch durch Pensionssenkung. Dazu kommt, daß Frauen in Zukunft (auch durch Einsparungen an Platanen in öffentlichen Diensten) verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen sein werden.

Wir schon so oft wird von Frauen verlangt, daß sie „flexibel“ sein sollen. In Zeiten der Krise sind diejenigen, denen die meisten Opfer aufgebudelt werden, „flexibel“ sind anscheinend auch die Vertreterinnen der Frauen in Gewerkschaft und SPÖ. Zuerst wird abgeworfen, bis alles beschlossen ist, erst dann Umwelt geleudert. Die Frauenministerin Helga Konrad geht zumindest Ausnahmeregelungen für den Karenzbezug von Alleinerziehenden erwartet. Die Erfolgsbilanz der Konrad: Seit



Sparpotential Alleinerziehender?

OS 1.850,- monatlich hängt künftig nicht mehr „tau“ von jährlichen Leistungsnachweis (8 Semesterwochenstunden) ab. Wer länger als die Mindeststudiendauer plus zwei Semester benötigt - z.B. weil er nebenbei arbeitet - hat in Zukunft Pech gehabt. 50% der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. 67% sind zumindest teilweise auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, um die Finanzierung ihres Studiums überhaupt zu ermöglichen.

monatlich hängt künftig nicht mehr „tau“ von jährlichen Leistungsnachweis (8 Semesterwochenstunden) ab. Wer länger als die Mindeststudiendauer plus zwei Semester benötigt - z.B. weil er nebenbei arbeitet - hat in Zukunft Pech gehabt. 50% der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. 67% sind zumindest teilweise auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, um die Finanzierung ihres Studiums überhaupt zu ermöglichen.

monatlich hängt künftig nicht mehr „tau“ von jährlichen Leistungsnachweis (8 Semesterwochenstunden) ab. Wer länger als die Mindeststudiendauer plus zwei Semester benötigt - z.B. weil er nebenbei arbeitet - hat in Zukunft Pech gehabt. 50% der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. 67% sind zumindest teilweise auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, um die Finanzierung ihres Studiums überhaupt zu ermöglichen.

Gegen Kürzungen im Bildungsbereich!

Alle europäischen „Sparprogramme“ weisen als ein wesentliches gemeinsames Merkmal Bildungsraub und die Förderung von und Forderung nach „Bildungsstufen“ auf.

von Isa Breier, JRE-Wien/Öst

Durch die Reformen der Sozialdemokratie - vor allem in den 70er Jahren - erfolgten Erwerbschancen für Freitruhen und Abschaffung von Studiengebühren. Die Zielsetzung: Gleiches Bildungschancen für alle. Heute soll der Schul- und Universitätsbesuch (plus verwandte kulturelle Institutionen) für die Konsolidierung des Budgets herangezogen werden. Ein Budget, dessen „Sanierungsbedarf“ keineswegs von den Ausgaben für diesen Bereich herrührt!

Ab Herbst 1995 müssen StudentInnen und SchülerInnen - ab dem freigeordneten 19.Lebensjahr - auf die Vollzeit verziehen, was eine jährliche Mehrbelastung von bis zu 6S 18.000,- bedeutet!

Der Bezug der Familienbeihilfe von 6S 1.850,- monatlich hängt künftig nicht mehr „tau“ von jährlichen Leistungsnachweis (8 Semesterwochenstunden) ab. Wer länger als die Mindeststudiendauer plus zwei Semester benötigt - z.B. weil er nebenbei arbeitet - hat in Zukunft Pech gehabt. 50% der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. 67% sind zumindest teilweise auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, um die Finanzierung ihres Studiums überhaupt zu ermöglichen.

monatlich hängt künftig nicht mehr „tau“ von jährlichen Leistungsnachweis (8 Semesterwochenstunden) ab. Wer länger als die Mindeststudiendauer plus zwei Semester benötigt - z.B. weil er nebenbei arbeitet - hat in Zukunft Pech gehabt. 50% der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. 67% sind zumindest teilweise auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, um die Finanzierung ihres Studiums überhaupt zu ermöglichen.

monatlich hängt künftig nicht mehr „tau“ von jährlichen Leistungsnachweis (8 Semesterwochenstunden) ab. Wer länger als die Mindeststudiendauer plus zwei Semester benötigt - z.B. weil er nebenbei arbeitet - hat in Zukunft Pech gehabt. 50% der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. 67% sind zumindest teilweise auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, um die Finanzierung ihres Studiums überhaupt zu ermöglichen.

wird: Sogenannte „wirtschaftliche Verwendungsprofile“ befehlen dann, was es zu lehren gilt! „Mit Kant und Kafka in der Wirtschaft!“ Weisungsstudienleiter von 8 auf 6 Semester des Bildungsstatus zur Folge, sondern auch die internationale Nichtanerkennung dieser Studien. Zusätzlich

von Markus Zahradnik, SAP-SPRecher

Im Frühling, aber vor allem im Herbst, haben sie aber Widerstand geleistet: Drei Großdemonstrationen mit insgesamt rund 30.000 TeilnehmerInnen und Streiks an mehr als zwanzig Schulen waren die kämpferische Bilanz des Jahres 1995. Die ÖVP und der SPÖ verhalten, daß die SchülerInnen bereit wären, bei neuen Kürzungen sofort wieder auf die Straße zu gehen und haben daher bisher keine neuen Kürzungen beschlossen, die große Teile der SchülerInnen treffen: Die Streichung der Familienbeihilfe bei zweimaligen Sitzbleiben der SchülerInnen in der AHS-Unterstufe bzw. Hauptschule - diese Maßnahmen hat die Regierung jetzt in der Tat



Überfüllte Klassen

kurzt, wo es nur geht. Den Schülern wird ein stark verkürztes Budget zu Verfügung gestellt, über das sie

kurzt, wo es nur geht. Den Schülern wird ein stark verkürztes Budget zu Verfügung gestellt, über das sie

Die SchülerInnen waren vom ersten Sparpaket sehr stark betroffen. Gratis-Schulbuchaktion und Schülerfreifahrt wurden abgeschafft, das Angebot an Wahlpflicht bzw. Freifreihung reduziert und Klassen massiv vergrößert.

„autonom“ entscheiden können. Dies führt zum Beispiel dazu, daß es an einigen Schulen dermaßen ein Geldmangel, daß nicht einmal die SchülerInnen im eigenen Jänner in unbeheizten Klassen sitzen müssen. An Schulen mit wohlhabenderen Eltern wird es in Zukunft kein Problem sein, das Niveau zu halten. Dort kann ja der Elternverein finanziell einspringen, während für alle in Arbeiterbezirken massive Verschlechterungen zu erwarten sind.

SAP ist aktiv!

Die SchülerInnenAktionsplattform (SAP) hat bei einem Aktionsplanning Ende Februar mehrere Aktionen beschlossen. Wir sammeln Unterschriften und wollen zusammen mit der „Plattform gegen Sozialabbau“ und der „Österreichischen Hochschulerschaff“ vor allem Kundgebungen und eine große Demonstration im März organisieren. Die Streichung der Freifahrt und die Schul- und Uni-„Autonomie“ sind Hauptansatzpunkte. Widerstand zu organisieren. Sollte es Straks auf der Uni gehen, wäre es wahrscheinlich auch möglich, bei den Schülern wieder etwas zustande zu bringen. Eine starke Jugendbewegung könnte der Anfang vom Ende der Sozialabbaupolitik sein!

Die SchülerInnenAktionsplattform (SAP) hat bei einem Aktionsplanning Ende Februar mehrere Aktionen beschlossen. Wir sammeln Unterschriften und wollen zusammen mit der „Plattform gegen Sozialabbau“ und der „Österreichischen Hochschulerschaff“ vor allem Kundgebungen und eine große Demonstration im März organisieren. Die Streichung der Freifahrt und die Schul- und Uni-„Autonomie“ sind Hauptansatzpunkte. Widerstand zu organisieren. Sollte es Straks auf der Uni gehen, wäre es wahrscheinlich auch möglich, bei den Schülern wieder etwas zustande zu bringen. Eine starke Jugendbewegung könnte der Anfang vom Ende der Sozialabbaupolitik sein!

Die SchülerInnenAktionsplattform (SAP) hat bei einem Aktionsplanning Ende Februar mehrere Aktionen beschlossen. Wir sammeln Unterschriften und wollen zusammen mit der „Plattform gegen Sozialabbau“ und der „Österreichischen Hochschulerschaff“ vor allem Kundgebungen und eine große Demonstration im März organisieren. Die Streichung der Freifahrt und die Schul- und Uni-„Autonomie“ sind Hauptansatzpunkte. Widerstand zu organisieren. Sollte es Straks auf der Uni gehen, wäre es wahrscheinlich auch möglich, bei den Schülern wieder etwas zustande zu bringen. Eine starke Jugendbewegung könnte der Anfang vom Ende der Sozialabbaupolitik sein!

Lesen Sie NUR weiter ...

... wenn Sie sicher sind, daß die Blattnie dieser Zeitschrift eindeutige Abgrenzung von Gewalt und Ablehnung von Gesetzesbruch beinhaltet! Laut ÖVP-Mediensprecher Mollerer trifft dies auf folgende Publikationen nicht zu:

akin EKG - EuropaKardioGramm Die Linke

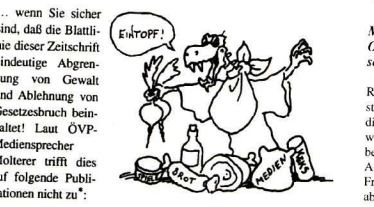
Unität ZAM - Zeitschrift für Antimilitarismus

Die letzten vier wurden entgegen der Empfehlung des parteiübergreifenden Publikationsrates erstmalig aus politischen Motiven von SPÖ und ÖVP von der Publikationsförderung ausgeschlossen. Zahlreiche weitere, seit Jahren geforderte Publikationen, darunter die akin, wurden bereits vom Beirat abgelehnt. Die Aberkennung dieser Förderung reiht ein gewaltiges Loch in die wirtschaftliche Begründung der betroffenen Zeitschriften.

Ihr Interesse an dieser kritischen Öffentlichkeit in Österreich entscheidet, Spenden sind willkommen und notwendig:

Konto 10010 670 581 bei BAWAG, BLZ 14000

\* Sie können diese Zeitschriften nicht? Gratis Probestat anfordern: EKG/ZAM, Schotweg, 3A/159, 1010 Wien, ☎ 0 222-53 51 106



... wenn Sie sicher sind, daß die Blattnie dieser Zeitschrift eindeutige Abgrenzung von Gewalt und Ablehnung von Gesetzesbruch beinhaltet! Laut ÖVP-Mediensprecher Mollerer trifft dies auf folgende Publikationen nicht zu:

Ihr Interesse an dieser kritischen Öffentlichkeit in Österreich entscheidet, Spenden sind willkommen und notwendig:

Konto 10010 670 581 bei BAWAG, BLZ 14000

\* Sie können diese Zeitschriften nicht? Gratis Probestat anfordern: EKG/ZAM, Schotweg, 3A/159, 1010 Wien, ☎ 0 222-53 51 106

Arbeitsplatzabbau bei ÖMV Berufsheer?

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der ÖMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

von Andrea Hollander, Betriebsratsmitglied ÖMV/Zentrale Bereiche, Liste "Offensive in der ÖMV"

1994 war das Jahr, indem das sogenannte Delta-Projekt begann. Als Beraterfirma fungierte(z) das Unternehmen „EFS“. EFS verfügt über einschlägige Erfahrungen. Man beriet bereits die DDBSG - mit dem bekannten Ergebnis. Als Projektziele von Delta wurde „Verflachung von Hierarchien“ und Strukturberaumung angegeben.

Tatsächlich gab es -quasi bereits als Vorleistung- einen in allen Bereichen Personalabbau. Das Management wurde „natürlich“ umfassend in die Studienarbeit eingebunden: Im Chor mit EFS wurde der Druck auf die Beschäftigten erhöht. Prioritäten wurden neu gesetzt: Während Millionen Geld für Werbung ausgegeben werden, zählt man die Köpfe der Kollegen. Dabei macht die Firmenleitung den Arbeitnehmern den Abbang mit Fruhptionslösungen (50/55) oder mit erhöhten Abfertigungen schmackhaft. Wer nicht geht, wird unter Druck gesetzt, bis er „freiwillig“ Abschied nehmen will. Die übrigbleibende Arbeit wird anderen als Überstunden zugestiftet oder an Fremd-



Der ÖMV - eine aussterbende Art?

Leistungen durch Leiharbeiter oder Werkverträge abgedeckt - also ausgelagert! Unsere Bedenken und sozialistischer Auftrete wurden jedoch immer als Polemik abgetan und wir warten bis heute auf das Erwaschen des ÖGB's. Der ÖMV-Zentralbetriebsrat verhält sich abwartend. Wäre es nicht Zeit für eine ÖMV-Gesamtbetriebsversammlung, die Kampfmaßnahmen diskutiert und beschließt? Worauf noch gewartet wird, ist unerklärlich!

Zu einem Zeitpunkt, als das Delta-Projekt nur Kosten verursachte, berichteten die Medien bereits von positiven Erfolge des Delta-Projekts. Und jetzt werden die Ergebnisse bekannt! Ein Drittel des jetzigen Personalstandes wurde bereits als Abbauunternehmen genannt. Die Instandhaltung der ÖMV soll zumindest teilweise ausgelagert. Betroffen sind fast alle Standorte der ÖMV AG besonders die ÖMV-Lobau. Der Arbeiterbetriebsrats-Vorsitzende der ÖMV-Lobau, Kollege E. Walla, dazu: „1993 erklärten die ÖMV-Betriebsräte, daß sie wieder Kündigungen nach Ausgliederungen zulassen, sondern mit Solidarität und eventuellen Kampfmaßnahmen antwortet würden. Statt Kündigungen gab es „freiwillige“ Abgänge. Immer mehr Aufträge wurden extern vergeben, immer mehr

Sowohl die französische wie auch die österreichische Regierung haben mit dem selben Problem zu kämpfen: die allgemeine Wehrpflicht wird bei den Jugendlichen immer unbeliebter. Die Lösung die der rechte Vizepräsident Chirac und der „linke“ Innenminister Einem vorschlagen: Berufsheer.

von Florian Seidl, JRE-Wien/Mitte

Berufsheer bzw. Grenzschutztruppe bedroht in erster Linie: Bessere Kontrolle durch die Regierung, kann also auch jederzeit gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Die Deutsche Grenzschutztruppe GSG9, wird bei Demonstrationen eingesetzt. Auch Einem argumentiert in diese Richtung, wenn er die Alltagsbeschäftigung einer zukünftigen Grenzschutztruppe "im Bereich der Sicherheitspolitik" ansieht.

Viele Jugendliche hoffen nun, daß sie nicht mehr einrücken müssen. Aber das ist weder in Einem noch in Chiracs Vorschlag inkludiert. So schlägt Einem vor, die allgemeinen Wehrpflicht nicht abzuschaffen, sondern nur vorläufig auszusetzen, um sie im Notfall wieder aktivieren zu können - ähnlich wie in den USA:

In Frankreich soll, wenn es nach Chirac geht, ein sozialer Zwangswehrdienst für Frauen und Männer eingeführt werden. Das soll die Staatsaufgaben für den Sozialbereich stärken. Dieser Zwangswehrdienst ist nicht nur eine Umverteilung gegenüber den Betroffenen (nach dem Motto: fast umsonst arbeiten für's Budgetdefizit), sondern auch eine Bedrohung für die

Arbeitsplätze der Angestellten im Sozialbereich, die mit dieser Maßnahme eingespargt werden sollen. Bereits beschlossen wurde die Verlängerung des Zivildienstes um zwei Wochen. Statt den Rekruten beim Heer endlich selbstverständliche soziale und demokratische Rechte zu geben, wird die „Ersatztruppe“ laufend erhöht, bis das Heer wieder für genug Jugendliche die weiniger gute Alternative ist. Schon jetzt hat das Bundesheer mit einem demokratischen Milizheer nichts zu tun: Ein riesiger Kadaver an Berufssoldaten, ein abgegebener, extrem konservativer Offiziersstab, keinerlei Einflüsse durch die normalen Soldaten...

Aber auch wenn die Verlockung groß ist, dem Staat nicht ein Jahr des eigenen Lebens zu schenken, geben Maßnahmen in Richtung eines Berufsheeres in die falsche Richtung. Nämlich in Richtung der Integration in Militärbündnisse, der Schaffung einer handlichen und effektiven Truppe für effizienteren Wehrung imperialistischen Interessen (Bosnien, Golfkrieg...) und für "sicherheitspolitische Maßnahmen". Außerdem ist klar, daß die Schaffung einer solchen Elitearmee für einer extremen Aufrüstung - durch den Ankauf von modernem Gerät für moderne „Spezialverbände“ verbunden wäre.



# Wir brauchen eine Revolution

„Talkin' 'bout a revolution“ singt Tracy Chapman und auch Arrested Development schmettern „Revolution“. Es ist kein Zufall, daß Künstler auf das Thema „Revolution“ zurückgreifen. Dies widerspiegelt den Wunsch nach Veränderung, der vor allem bei Jugendlichen immer stärker wird. Das drückt sich auch in der Ablehnung des jetzigen Systems aus, vor allem seiner Institutionen und Repräsentanten, wie Parteien, Kirche, Staat und Establishment. Aber der Frust über das Bestehende ist meist noch sehr konfus, über die Alternativen zum jetzigen System herrscht oft Unklarheit und Verwirrung - und auch über den Weg dorthin.

von Sonja Grusch und David Mann

Eine Revolution, also eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft, ein radikaler Bruch im System, wird von vielen als grundsätzlich notwendig erachtet. Immer mehr Menschen wird klar, daß sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung zwar hartnäck-



weigert zu verschwinden, aber nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann. Der Propaganda vom „Ende der Geschichte“, der Effizienz des Systems und ähnlichen bürgerlichen Beschränktheiten zum Trotz beweist die Realität das Gegenteil.

### Kapitalismus zeigt seine Unfähigkeit

Die Unfähigkeit der kapitalistischen Welt(um)ordnung den Menschen ihre Existenz zu ermöglichen, zeigt sich tagtäglich. Offensichtlich wird das in der sogenannten „3.Welt“, 200 Millionen Kinder werden dort als Arbeitsklaven ausgebeutet und Insektarium müssen mehr als 20% der Weltbevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Aber muß das so sein? Nach Schätzungen würden wesentliche Verbesserungen in den Bereichen Bildung (z.B. die Halbierung der Analphabetenrate Erwachsener und eine allgemeine Grundschulbildung), Gesundheit (allgemeine elementare Gesundheitsversorgung, Senkung der Kindersterblichkeit, Beseitigung schwerer Mangelernährung), Bevölkerung (Familienplanungspakete) und Wasserversorgung (allgemeiner Zugang zu sauberem Trinkwasser) von 1995 bis 2000 nicht mehr als 300-400 Milliarden Schilling kosten! Das ist im Vergleich zu dem, was für Rüstung, Prestigeobjekte und das Vergnügen der Reichen ausgegeben wird nichts. Aber weil es ein wirtschaftliches Interesse daran gibt, daß die Reichen reich und die Armen armen bleiben, ändert sich nichts. Das ist die bürgerliche Moral in der Praxis: Profit geht vor Menschen. Die „Unterentwicklung“ der Länder der



Die Arbeitslosigkeit und die Preise steigen stetig. Gleichzeitig stagnieren die Löhne. Große Teile der Bevölkerung müssen zwei oder drei Jobs annehmen, um zu überleben. Auch Pensionen, Arbeitslosengeld und Sozialversicherung reichen zum Leben meist nicht aus. Für Kultur bleibt nichts übrig. Die Folge sind ein An-

steigen von Obdachlosigkeit, Alkoholisismus und Drogensucht und von Kriminalität.

### Armut in „reichen“ Österreich

Und wie sieht es „bei uns“ aus? Also in den entwickelten kapitalistischen Ländern, von denen Österreich eines der reichsten ist. Nach einer neuen Studie lebten bereits 1993 11,9% aller Personen in Österreich unter dem Existenzminimum. Alles Sozial-schmarotzer? 86% aller durch Einkommensarmut Gefährdeten sind unter 65 Jahre alt und damit im erwerbsfähigen Alter. Bei Arbeitslosen ist die Situation besonders drastisch, 46% der Arbeitslosenhaushalte sind von Armut bedroht. Aber auch Arbeit schützt vor Armut nicht! Denn auch 25% der Hilfsarbeiterhaushalte und 14% aller Arbeiterhaushalte fallen in diese Gruppe. Bei Alleinerziehern ist die Situation besonders dramatisch. Obwohl über 75% der Alleinerziehern erwerbstätig sind, lebt jeder 4. Alleinerzieherrinneinhausler unter der Armutsgrenze. Kinder sind nach Pensionisten (11%) mit 21% am stärksten von Armut betroffen (Zahlen von 1989, es kann davon ausgegangen werden, daß sich inzwischen gesteigert sind). 1993 verdientes immer noch rund 10% der umschichtig Beschäftigten netto weniger als 68 850.-.

### „So geht das nicht weiter!“

Solche Zustände rufen Unmut hervor. Es ist nicht verständlich, warum im drittreichsten Land der EU, die selber einen Klub der Reichen dar-

stet durch den Zugang erschwert. Der herrschende bürgerliche Zeitgeist legt keinen Wert auf soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung und Chancengleichheit, sondern auf Sozialabbau, Entlastung der Unternehmer von Steuern und Sicherung der Profite.

Das ist es nicht verwunderlich wenn unter den Leidtragenden das Vertrauen in Politiker, Institutionen und den Staat sinkt. Denn die ständig zunehmende Ungerechtigkeit wird immer offensichtlicher. Während auf der einen Seite die Armut steigt, explodiert auf der anderen Seite der Reichtum. Der Luxus der Reichen und das Elend der Armen bedingen einander.

Vor allem Jugendliche sehen keine Perspektive für die Zukunft. Sie wissen, daß die Chancen auf einen Job, eine Wohnung und ein lebenswertes Leben immer geringer werden - egal wie sehr sie sich auch anstrengen.

Die Jugend wächst und mit verschiedenen Ausprägungen. Es kommt zu Vandalismus, Selbst-Zerstörung und einer allgemeinen „Scheiß drauf“ Stimmung. Die Wahlteilnahme und der Mitgliedschaft in Parteien und Organisationen, die zum Establishment gezählt werden, sinken. Gleichzeitig gibt es aber auch ein Anwachsen von Protestbewegungen und von Engagement in Initiativen und Gruppen, die als unabhängig und kritisch gelten. Allerdings nutzen auch Rechtsextreme und Rassistis die Krise des Systems, um von der Perspektivlosigkeit und dem Unmut für ihre Organisationen zu profitieren.

Natürlich sind auch innerhalb des Systems Verbesserungen möglich. Gewerkschaften, die bürgerliche Demokratie, ein gesichertes Einkommen und der Sozialstaat sind der Beweis dafür, daß durch den Druck und die Kämpfe der Arbeiterklasse enorme Verbesserungen erreicht werden konnten. Aber im Rahmen des Kapitalismus sind diese nie sicher. Wenn die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert, dann sind all diese Errungenschaften in Gefahr und die Unternehmer fangen an, sie abzubauen. In ganz Europa wird der Sozialstaat demontiert, Arbeiterschutz wird verringert und auch die demokratischen Rechte werden attackiert. Nichts ist mehr vor den Zugriffen der Kapitalisten sicher, wenn es ihre Profitverlangungen sind.

Nur wenn nicht die Profite einiger weniger, sondern das Wohl aller das Ziel der Gesellschaft ist, sind der Lebensstandard und die Rechte der Menschen wirklich sicher.

### Für eine sozialistische Revolution

Was ist der Ausweg aus der Krise und dem Fehlen von Perspektiven im kapitalistischen System? Es wächst der Wunsch nach Veränderung. Aber wie soll es geschehen und was soll erreicht werden? Verschiedene „Lösungen“ werden hier angeboten. Für uns als Sozialisten ist klar, daß nur eine sozialistische Revolution eine wirkliche Lösung darstellt. Die Probleme, die in unserer jetzigen - kapitalistischen - Gesellschaft immer stärker hervortreten - Armut, Elend, Krieg, Umweltzerstörung - werden durch das System an sich verursacht. Nicht der einzelne „böse“ Kapitalist ist schuld, weil er seine Beschäftigten ausbeutet, sondern das System das auf Ausbeutung von Mensch und Natur und der Konkurrenz beruht. Und Kriege sind die Ausragung von Konflikten zwischen verschiedenen kapitalistischen Staaten um Einfluß und Macht, sozusagen die Fortsetzung der Konkurrenz mit anderen Mitteln. Nebenbei läßt sich dabei



Pariser Impressionen

noch ein gutes Geschäft machen.

### Reform oder Revolution?

Von vielen, außer von jenen die so-wieso meinen, daß jetzt alles ok ist und daß jeder „seines eignen Glückes Schmid ist“, werden diese Probleme erkannt. Aber es gibt verschiedene Lösungsansätze - auch unter Linken. Es wäre doch auch möglich, das System zu reformieren und Schritt für Schritt Verbesserungen durchzusetzen. („Sozialreform oder

# Wir brauchen eine Revolution

Heute zeigt sich, daß der Teil der Arbeiterbewegung, der die Revolution ablehnte und bekämpfte, (die Sozialdemokratie), gescheitert ist. Die Sozialdemokratie hat sich ins System integriert und instand es zu reformieren erfüllt sie dessen Ziele. Die sozialdemokratischen Parteien sind jetzt munter damit beschäftigt die von ihnen durchgeführten Verbesserungen wieder abzubauen. Aus der schrittweisen Veränderung des Systems wurde eine schrittweise Unterwerfung unter diese.



Ansätze dazu

Aber warum brauchen wir eine Revolution um das zu erreichen? Der Übergang zu einer neuen Gesellschaft stellt einen Bruch dar. Grundlegende Veränderungen müssen stattfinden. Einem kleinen Teil - nämlich den Kapitalisten und ihren Anhängern, die vom jetzigen System profitieren - wird das natürlich nicht recht sein. Sie werden mit allen Mitteln versuchen - also mit ihrem Geld, mit Hilfe der Medien und mit Waffen diese Veränderung zu verhindern. Sie werden sich nicht einfach durch eine Volksabstimmung von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugen lassen. Um diesen Bruch zu vollziehen, können wir nicht einfach alles so lassen wie es ist, oder nur einige zentrale Posten mit „Sozialisten“ besetzen (Marsch durch die Institutionen). Es muß die gesamte Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft verändert werden. Nicht mehr einige wenige bestimmen was geschieht, sondern die Entscheidungsmacht geht erstmals in die Hände des Volkes über. Das bedeutet daß die Grundlage von Entscheidungen nicht mehr möglichst hoher Gewinn für die Unternehmer und Aktionäre, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Natur darstellen werden.

Wie soll das möglich sein? Schüler und Lehrer wissen am besten, was in der Schule wichtig ist, die Bewohner eines Bezirkes kennen die Gegebenheiten und Veränderungsmöglichkeiten und die Beschäftigten eines Betriebes sind die eigentlichen Experten.

### Eine gute Idee - aber wer soll das umsetzen?

Revolutionen sind keine Erscheinung des zwanzigsten Jahrhunderts. Immer wieder haben sich die Ausbeuteten und Unterdrückten erhoben und haben versucht, grundlegen-

de Veränderungen zu erreichen. Die bekanntesten Beispiele sind die Französische Revolution von 1789, die Pariser Kommune von 1871 und die Russische Revolution von 1917. In Österreich gab es 1848 eine Revolu-

### Revolution fällt nicht vom Himmel

tionäre Schlußfolgerungen zu ziehen. Es reicht ein repressives, autoritäres, ungerechtes politisches Regime, das keine Chancen auf Veränderung vermittelt.

Die Kämpfe müssen gebündelt und organisiert werden. Diese Bewegungen stoßen bald an die Grenzen des Systems und den erbitterten Widerstand von Kapitalisten und deren Anhängern. Nicht jeder Kampf wird erfolgreich sein, Niederlagen und Rückschläge sind unvermeidlich. Aber in dem Ausmaß, wie der Kapitalismus seine soziale und demokratische Maske abstreifen muß, wird deutlich, daß es keine Alternative zu einer revolutionären Veränderung gibt.

### Gesamtesellschaftliche Krise

Eine Revolution ist nur bei einer dramatischen Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte möglich. Diese Situation ist gekennzeichnet durch eine gesamtesellschaftliche Krise. Der Revolutionär Lenin drückte das so aus: „Zur Revolution genügt es nicht, daß sich die ausgebeuteten und



Auch österreichische Geschichte: Rätebewegung 1918

unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewußt werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die „Unterschichten“ das Alte nicht mehr wollen und die „Oberschichten“ in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“



### Die Rolle der politischen Organisation

Damit alleine läßt sich die Gesellschaft aber nicht revolutionär umgestalten. Es entstehen neue politische Organisationen, in denen sich die Menschen, als „subjektiver Faktor“ organisieren und Modelle bzw. Konzepte entwickeln, auf deren Grundlage die Gesellschaft neu aufgebaut werden soll. Eine revolutionäre Situation hat eine ungeheure politisierende Wirkung. Eine Revolution ohne Massenbeteiligung ist ihrerseits nicht möglich, wenn die unterdrückten Massen ihre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft mit der Idee der Revolution verbinden. (...) Das Erwachen der breiten rückständigen Massen wirft die herrschenden Klassen aus ihrem gewohnten Gleichgewicht, entzieht ihnen unmittelbare Unterstützung und Vertrauen und ermöglicht es der Revolution, viel mehr zu gewinnen, als sie später behalten kann.“

Eine Revolution erweckt große Hoffnungen und Erwartungen, von denen sich nicht alle durchsetzen lassen und sich manche als Illusionen erweisen. „In einem gewissen Sinn sind die von der Revolution erweckten Hoffnungen immer übertrieben.“ Mancher meint deswegen, Revolutionen bringen nichts. Dem ist entgegenzuhalten, daß eine revolutionäre Veränderung mit ihrem Aufbrechen von alten Macht- und Herrschaftsstrukturen erst die Möglich-

keit bringt, längst überfällige Veränderungen nach durchzuführen, in diesem Sinne ist sie eine Lokomotive der Geschichte. Aber daß die Möglichkeit dazu existiert, heißt nicht daß sie auch automatisch ergriffen und genutzt wird. Ein Beispiel ist der Zusammenbruch der stalinistischen Diktaturen 1989. Scheinbar spätjahrhundertlange Regimes brachen unter dem Volksantrieb zusammen wie Kartenhäuser. Aber es fehlte der subjektive Faktor: Revolutionäre Organisationen, die sowohl Konzepte als auch Verankerung in der Bevölkerung hatten. Und deswegen wurde eine Elite durch eine andere ersetzt, ohne der Bevölkerung die gewünschten Verbesserungen zu bringen. Auf die revolutionäre Situation folgte Apathie.

Die Revolution wird von ihren Erfolgen umso mehr erhalten und ausbauen können, je größer ihre befreiende Wirkung auf die Massen ist. Das bedeutet, daß sich die Menschen auch nach dem revolutionären „Sturm und Drang“ politisch interessieren und aktiv bleiben. Politik darf nicht wieder die Arbeit einer Berufsgruppe werden, sondern die Leute müssen ihr Leben gemeinsam organisieren.

Das ist auch die Chance, eine Ver selbständigung oder Herausbildung einer neuen herrschenden Schicht zu verhindern. Nur wenn formal er kämpfte Rechte auch mit realem Inhalt und Aktivität gefüllt werden, wird die Revolution die Gesellschaft einem großen Schritt weiterbringen.

Um also zu verhindern, daß die Chancen künftiger revolutionärer Situationen nicht ergriffen werden ist jetzt vor allem eines notwendig: Der Aufbau einer neuen revolutionär-sozialistischen Bewegung von Arbeitern und Jugendlichen, die für die Verbreitung und Durchsetzung sozialistischer Ideen kämpft.



VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
Ein VORWÄRTS-ABO für:
5 Nummern zu öS 50 (inkl. Porto)
10 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
5 Nummern zu öS 200 (inkl. Porto)
10 Nummern zu öS 400 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte mit VORWÄRTS mitmachen
zu Veranstaltungen eingeladen werden
VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
Ich interessiere mich für Faire Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen...
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei voller Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulant!

Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen...

- Für die Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Abschaffung aller diskriminierender Paragraphen.
- Für eine echten Kampf gegen die Umwelterstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft.
- Für einen echten Kampf gegen die Umwelterstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft.
- Für einen echten Kampf gegen die Umwelterstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft.

Für echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

- Nein zu einem repressiven, reaktionärem durchsetzten Sicherheitsapparat, der in der Serie Linie das große Geld schützt.
- Für die Auflösung sämtlicher Geheimdienste und Sonderdiensten.
- Nein zu Aufrüstung und Integrations-Militärbündnisse (z.B. NATO) - die Erhöhung eines Berufsalters - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, inbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerenschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Arena: FPÖ gegen Jugendliche

Die „alte“ Arena, ein Jugend- und Kulturzentrum, wurde am 26. Juni 1976 von ungefähr 700 Leuten besetzt. Grund dafür war, daß der ganze Gebäudekomplex - ein alter Schlachthof - „geschliffen“ werden sollte. Warum? Um dem Textilkonzern „Schöps“ Platz zu machen. Heute gibt es wieder Angriffe - auf die „neue“ Arena.

von Martin R., JRE-Regionalgruppe Ost

Die damaligen Besetzer wollten die Errichtung eines unter Selbstverwaltung stehenden Kultur- und Kommunikationszentrums. Sie schufen unter anderem ein Kinderhaus, ein Frauenhaus und brachten eine eigene Arena-Zeitung heraus. Weiters gab es einen Sozialhilfedienst, Theatergruppen u.v.m.

Die Finanzierung erfolgte ausschließlich über Spenden. Es wurden 55.000 Unterschriften für die Anliegen der BesetzerInnen gesammelt. Tausende Jugendliche hatten ein Ziel: Die Arena muß bleiben. Wo man früher Schweine schlachtete, tat es nun junge Leute mit dem Kulturverständnis einer Gesell-

schafft, in der nur Profit zählt. Die Besetzung wurde mit einem brutalen Polizeieinsatz beendet. Die Arena wurde geräumt. So gewannen Schöps&Co. Der Druck damals war aber wenigstens so groß, daß sich die Stadtregierung gezwungen sah, Ersatz in irgendeiner Form zu schaffen: Die „neue“ Arena.

„F“: Arena-Hutz; wie damals

Heute wie damals gab und gibt es Angriffe der rechten Politikern auf Jugendzentren - so auch auf die „neue“ Arena. Vor allem die FPÖ tut sich einmal mehr hervor. Daß die FPÖ gegen die Arena ist liegt auf der Hand. In die Arena gehen zum Großteil Jugendliche, die mit der FPÖ nichts zu tun haben wollen. Die FPÖ hat seit den zwei Drogennotizen in der



Pinks - Zielscheibe der FPÖ

- Umgebung der Arena eine Hetzkampagne gestartet. Sie bezeichnen das Kultur- als „Drogenzentrum“, welches geschlossen werden müßte. Als ob dadurch Drogenprobleme zu lösen wären! Die Fehen haben im Wiener Gemeinderat klarerweise gegen weitere Subventionen für die Arena gestimmt. Die Arena ist ein Platz, wo sich kritische und alternative Jugendliche treffen und diskutieren können. Leider kommen zu größeren Veranstaltungen gegen offensichtliche Faschisten in die Arena (zum Beispiel beim letzten Ska-Fest). Wenn Faschisten oder rechte Hoolligans versuchen zu stören, ist es klar, daß es zu Auseinandersetzungen kommt. Daß solche Leute überhaupt hineinrücken, zeigt auch, daß die Arena schon viel zu sehr „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für einen normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld. Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendzene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu verbassern gibt.
- Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!
- Gegen die Kommerzialisierung der Arena!
- Für gesenkte Eintrittspreise!

Termine

- 7. März: Über den „Spanischen Bürgerkrieg“ diskutiert die JRE-Wien Nord.
7. März: Die JRE-Wien Ost schaut sich den Film „Fist“ über Gewerkschaften in den USA an.
8. März: Aktion zum Frauentag um 14 Uhr beim Burgtheater/Löwelstraße.
8. März: Die SJ-Barricade plant ihre Aktionen im Zuge der Kampagne „Weg mit Bretzner!“.
15. März: Die JRE-Wien Süd informiert sich über „Rechte in den USA“.
20. März: „Post - Was nun?“ fragt sich der Gewerkschaftsstammlich.
22. März: Gemeinsam mit Betroffenen veranstaltet Jugend gegen Faschismus. Wie Neustadt um 16 Uhr eine Kundgebung gegen das Belustigungspaket in Ternitz.
29. März: „Arm und Reich in Österreich“ ist das Thema der JRE-Wien West.

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Gruppen, wo auch VORWÄRTS für aktiv sind.
0222/597 0 432

Wien

„Uns recht“ s - SozialistInnen in der SPÖ, wachen sich Terminfrühen bei der Redaktion

JRE Wien Mitte: derzeit kein Lokal. Rückfragen bei der Redaktion
JRE Wien Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5. „Republik“ Reiprechttsdorferstr.6

JRE Wien West: jeden Freitag 19 Uhr 7. Schöberlstr. 21
JRE Wien Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20. Alleeheilplatz 17 Ecke Domnauschingerstr./Vorgartenstraße

JRE Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr „ARENA“ 3. Baumg. 80
Gewerkschaftsstammlich: jeden 2., 3., 4. Mittwoch 19 Uhr 3. Zentrum Erdberg, Leinwandstr. 2-4

Bundesländer

SJ Web Group Barricade jeden Freitag, 18 Uhr Ecke Laysstr./Eisenhoferstr. Wels

Jugend gegen Faschismus/ Wiener Neustadt jeden Dienstag 18 Uhr Wd.Neustädter Nachrichten Kollomskeg. 12, 1. Stock

Infos unter: 0222/59 70 432 oder: PF 2, 1082 Wien

Kampffonds aktuell



von Sonja Grusch
Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.
Ziel zu 73,5 % erreicht
Besondere Einzelpersonen: Lena H. (Schülerin) öS 1000,- Thom. (Angestellter) öS 5000,- Ali K. (Angestellter) öS 4000,-
Der beste Zeitungsverkauf: Niki H. hat in der Straßenbahn an einem Tag 15 Zeitungen verkauft!
PSK 8812.733

JETZT AKTIV WERDEN!

Internationales

Ein Arbeiterkandidat in Oakland

Bei den am 26. März stattfindenden Wahlen in Oakland (Kalifornien) kandidiert Richard Mellor als einziger Kandidat für die Interessen der arbeitenden Menschen. Richard Mellor ist Aktivist der US-Schwesterzeitung von VORWÄRTS, Labor Militant. Der bisherige Stadtrat kürzte in den letzten 5 Jahren die Ausgaben für öffentliche Leistungen wie Büchereien, Parks etc. um 26% um strich einhundert Posten. Richard Mellor war bereits in mehreren Bürgerinitiativen, vor allem gegen die rassistische Polizei und Justiz, aktiv. Als Gewerkschaftsetze er sich für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne und gegen die Zusammenarbeit der Gewerkschaft mit der Demokratischen Partei, ein. Sein Programm umfasst unter anderem die Forderung nach einem Mindestlohn von \$ 10,- pro Stunde, freie Kindergartenplätze für jedes Kind, ein öffentliches Investitionsprogramm für Arbeitsplätze und den Kampf gegen rassistische Diskriminierung sowie jene von Frauen. Umsetzen will er sein Programm durch Mobilisierung von unten.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Demo gegen Sparpaket in Kanada
Am 24. Februar demonstrierten in Hamilton/Kanada 100.000 gegen die Sparpolitik der konservativen Provinzregierung von Ontario. Die Sozialhilfe soll um 21% gekürzt werden, wegen den Einsparungen im Bildungswesen zitiern 20.000 Lehrer um ihren Job und auch Krankenhäuser sollen geschlossen werden. Zu der Großdemonstration hatte die Gewerkschaft aufgerufen, die ab Montag den 26.2. die Proteste mit Rotationsstreiks im öffentlichen Sektor fortsetzen will.

Arbeiterprotest in Bremerhaven
Durch den Ausgleich der Bremer Vulkan Verbund AG sind die Arbeitsplätze von bis zu 23.000 Werftarbeitern bedroht. Vor allem sind die Jobs in Bremen und Bremerhaven gefährdet - das würde die Arbeitslosigkeit auf über 20% steigen lassen. Tausende Arbeiter demonstrieren für ihre Jobs. Um den Abrastprozess von Akten zu verhindern, haben die Arbeiter die Fabrikstore und die Fabrik besetzt. Der Bremerhavener Bahnhof wurde ebenfalls besetzt, um zu zeigen ein Aus für die Werft ein Aus für Viele bedeuten würde. Mit dabei: Die Sozialistische Alternative. Sie erhält bei den letzten Kommunalwahlen 2,3 Prozent.

Demo gegen Sparpaket in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Sparpaket auch in den USA
Auf Bundesebene hat Clinton den Plänen der Republikaner zugestimmt. Die Steuern von Firmen und Reichen werden reduziert und die Militärausgaben auf einen hohen Level gehalten. Die Ausgaben für Lebensmittel, die in der Armee leben. Einzig bei Gefängnissen, Polizei und der Justiz werden die Ausgaben steigen.

Großbritannien: Neue sozialistische Partei

Anfang des Jahres hat sich Arthur Scargill, Vorsitzender der britischen Bergarbeitergewerkschaft, sich von der Labour Party (sozialdemokratische Partei, jetzt auch New Labour genannt) getrennt und eine neue Partei auf der Taufe gehoben - die Sozialistische Arbeiterpartei (Socialist Labour Party, SLP).

von Thomas Kerschbaum
Die „New Labour“ unter dem Parteiführer Tony Blair hat alle Spuren des „Sozialismus“ ausgelöscht und entwickelt sich zu einer bürgerlichen Partei, die mit allen Traditionen der britischen Arbeiterbewegung bricht. Blair ist ein Vertreter der bürgerlichen Partei, die mit allen Traditionen der britischen Arbeiterbewegung bricht. Blair ist ein Vertreter der bürgerlichen Partei, die mit allen Traditionen der britischen Arbeiterbewegung bricht.



Toni Blair

Die „New Labour“ unter dem Parteiführer Tony Blair hat alle Spuren des „Sozialismus“ ausgelöscht und entwickelt sich zu einer bürgerlichen Partei, die mit allen Traditionen der britischen Arbeiterbewegung bricht. Blair ist ein Vertreter der bürgerlichen Partei, die mit allen Traditionen der britischen Arbeiterbewegung bricht.

Sozialisten müssen entscheiden, was sie tun wollen...
Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

Scargill sagt: „Sozialisten müssen sich angesichts dieser neuen Situationen entscheiden, was sie tun wollen. Akzeptieren wir unterwirft die New Labour Party? Stimmen wir

neuen sozialistischen Partei beteiligt und Partei. Allerdings besteht jetzt die Gefahr, daß Scargill diese gute Chance zur Gründung einer sozialistischen Partei verspielt. Zum Aufbau einer Arbeiterpartei braucht es aktive Parteimitglieder, die auch Wahlkämpfe führen. Das SLP-Programm bekennt sich zwar eindeutig zum Sozialismus und gegen die Marktwirtschaft, aber das Statut ist sehr bürokratisch. Man kann nur Mitglied der Socialist Labour Party werden, wenn man sonst bei keiner Or-

Socialistische Allianzen gründen sich
In ganz Großbritannien gibt es eine Bewegung für sogenannte Sozialistische Allianzen. Die SozialistInnen aus verschiedenen Organisationen zusammenbringen. Es soll ein demokratische (Zusammenschluß) und die Einheit in der Aktion erreicht werden, um die Bürgerlichen sowie Blairs New Labour herausfordern zu können.

In Schottland hat sich im Februar die Scottish Socialist Alliance (SSA) gegründet. An der SSA beteiligen sich z.B. Gewerkschaften, Teile der Labour Party, Scottish Militant Labour, Scottish Nationalistische Parteien, Friedens-, Umwelt- und Tierschutzgruppen. Die Ziele der SSA gipfeln in der Aussage, daß der Kapitalismus durch demokratische Eigentumsverhältnisse ersetzt werden muß, aufgebaut auf soziale Bedürfnisse und Umweltschutz - im Gegensatz zu privatem Profit und Umweltzerstörung.

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

Organisation oder Partei Mitglied ist - außer bei Gewerkschaften. Es ist offensichtlich, daß Scargill relativ große sozialistische Organisationen wie Militant Labour (britische Schwesterorganisation von VORWÄRTS) von der SLP gleich von Beginn an ausschließen will. Es gibt eine M... sozialistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, Umwelt, Bürgerrechts- und Tierschutzgruppen, die sich am Aufbau einer

THE NATIONAL QUESTION IN IRELAND



By Peter Hadden

Peter Hadden, Mitglied von MILITANT LABOUR, Herausgeber der Schwesterzeitung von VORWÄRTS

schrieb „Troubled Times“ 1995, das Buch hat angesichts der jüngsten Ereignisse nichts an Aktualität eingebüßt.

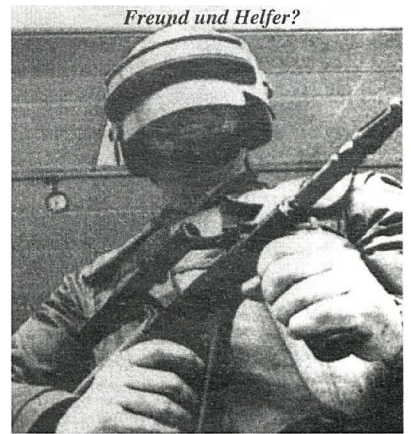
Es kann bei uns um öS 150,- bestellt werden. (Lieferung nur in englisch)

MILITANT LABOUR, die nordische Schwesterorganisation von VORWÄRTS, tritt ein für:
- Einheit der Arbeiter im Norden!
- Vereinter Kampf mit der britischen Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen Feind: die Tories
- Notwendig ist die Verbindung mit der irischen Arbeiterbewegung.
- Für ein sozialistisches Irland, die sozialistische Föderation von Britannien und Irland auf freiwilliger und gleichberechtigter Basis. In dieser Föderation müssen die Minderheitenrechte garantiert sein.

MILITANT LABOUR, die nordische Schwesterorganisation von VORWÄRTS, tritt ein für:
- Einheit der Arbeiter im Norden!
- Vereinter Kampf mit der britischen Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen Feind: die Tories
- Notwendig ist die Verbindung mit der irischen Arbeiterbewegung.
- Für ein sozialistisches Irland, die sozialistische Föderation von Britannien und Irland auf freiwilliger und gleichberechtigter Basis. In dieser Föderation müssen die Minderheitenrechte garantiert sein.

MILITANT LABOUR, die nordische Schwesterorganisation von VORWÄRTS, tritt ein für:
- Einheit der Arbeiter im Norden!
- Vereinter Kampf mit der britischen Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen Feind: die Tories
- Notwendig ist die Verbindung mit der irischen Arbeiterbewegung.
- Für ein sozialistisches Irland, die sozialistische Föderation von Britannien und Irland auf freiwilliger und gleichberechtigter Basis. In dieser Föderation müssen die Minderheitenrechte garantiert sein.





Freund und Helfer?

# Nein zum Polizeistaat!

**Lauschangriff, Rasterfahndung, Ausweitung der Polizeibefugnisse - Begriffe, die zur Zeit in aller Munde sind. „Das soll ja nur in ganz besonderen Ausnahmefällen angewandt werden“, lautet die Erklärung. Doch es geht nicht um die Ausnahme, eine Regel soll geschaffen werden. Einem Polizeiapparat, der sich immer mehr Kompetenzen zugeschanzt werden.**

von Katja Arthofer

Gerade in der jüngsten Vergangenheit kam es verstärkt zu repressivem Vorgehen der „Sicherheits“organe gegen Linke. Stellvertretend dafür zwei Beispiele:

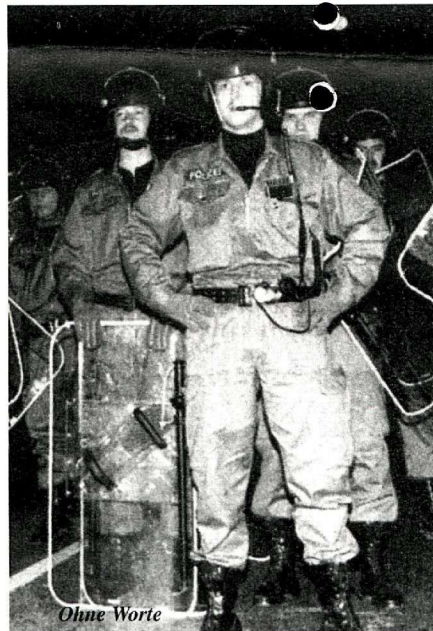
Am 23. Jänner wurden bei Aktivist\*innen des RevolutionsBräuhauses (RBH) - einer sich meist selbst nicht ganz ernstnehmenden „anarchistischen“ Gruppe - und in der Buchhandlung „Monte Verita“ Hausdurchsuchungen durchgeführt. Einer der Vorwände dafür war ein gefälschter Aufkleber, den die Kronen Zeitung am 10. Mai 1995 abgedruckt hatte. Ein Computer, alte Ausgaben der Zeitschrift „akin“ und 81 Disketten wurden bei den Aktivist\*innen beschlagnahmt. Von der Buchhandlung wurden 2 komplette EDV-Anlagen, 343 Disketten, Datenträger und Unterlagen mitgenommen. Zusätzlich wurde auch noch ein Lokal des „Kommunistischen Studentenverbandes“ in der Gußhausstraße durchsucht, in

dem der RBH früher ansässig war. Obwohl die in diesem Lokal Anwesenden eindeutig klarmachten, daß es sich hier nicht um ein RBH-Lokal handle, wurde auch dort gleich ein Computer beschlagnahmt. Die Anklagepunkte zeigen deutlich, daß hier ein Präzedenzfall geschaffen werden soll: „Bildung einer kriminellen Vereinigung“, „Herabwürdigung der Republik“ und erstmals seit 1945 „Bildung einer staatsfeindlichen Verbindung“. Unter derlei - weit interpretierbaren Phrasen - könnten in Zukunft weitere Schläge gegen linke Gruppen erfolgen.

„Nummer 19“ im Dienste der F?

Im Nationalrats-Wahlkampf 1995 traten einzelne Polizisten als Haider-Leibwächter und politische Zensoren auf. Der Fall des Herrn Irschik, der bei vollen Bezügen mit dem F-Chef durchs Land tourte und bei Veranstaltungen Haider-Gegner „dingfest machte“, ist bekannt. Aber auch ein gewisser Major Leisser, Dienstnum-

mer 19, leistet sich ungeheuerliches Verhalten. Er ahndet stilles Hochhalten von Papptafeln am Rande von F-Kundgebungen als „Störung“. Bei einer Haiderveranstaltung in Wien-Meidling wurde nicht nur ein Vorwärts-Aktivist wegen dieses „Deliktes“ angezeigt, sondern auch ein Jugendlicher, der gegen die Amtshand-



Ohne Worte

lung des Herrn Leisser protestierte. Der Kommentar des Herrn Majors: „Hier (bei der F-Veranstaltung) darf man nur applaudieren oder zuhören, sonst nix.“

**Einem verwirklichte rechte Forderung**

In dieses zunehmend repressive Klima eingebettet, soll jetzt die Uraltforderung aller rechten Politiker verwirklicht werden. Ausgerechnet der angeblich linke Einem legte den Gesetzesentwurf zum Lausch- und Spähangriff sowie zur Rasterfahndung vor. Dieses Gesetz bedeutet Ein-

griffe in demokratische Grundrechte: Es kann in jeder Wohnung gespäht und gelauscht werden ..., zur Aufklärung eines mit mehr als zehn Jahren Haft bedrohten Verbrechens oder zur „Aufklärung oder Verhinderung einer im Rahmen einer kriminellen Organisation begangenen strafbaren Handlung“. Wie man merkt, kann dieses Gesetz

## Skandalurteil gegen Homosexuellen

von Lisa, Wien

Am 12.2.1996 wurde ein 28-jähriger Mann nach § 209 StGB zu einem Jahr Haft verurteilt. Und dies ohne Beweise!

Paragraph 209 verbietet, daß ein über 19-jähriger Mann eine sexuelle Beziehung zu einem 14 - 17-jährigen männlichen Jugendlichen hat. Dieses Gesetz betrifft ausschließlich freiwillige Beziehungen. Sämtliche Formen von Gewalt und Mißbrauch (homosexuelle) werden von anderen Paragraphen abgedeckt.

Die ÖVP verhinderte bisher eine Änderung dieser homosexuellenfeindlichen Gesetze. Sie argumentiert mit „Kinder- u. Jugendschutz“, Kirche und Sünde. Die SPÖ nimmt das einfach hin.

Als wären diskriminierende Gesetze nicht genug, beweisen auch noch die Richter durch ihre Urteile ihre eigene Schwulenfeindlichkeit und ihren (Hetero-)Sexismus.

In den Jahren 1983-1994 wurden von 526 „Tatverdächtigen“ 359 Personen nach § 209 (gegenseitiges Einverständnis!) verurteilt. Das ergibt eine Verurteilungsrate von 68,2%. Zum Vergleich: Wegen Vergewaltigung (Zwang!) wurden von 2127 Tatverdächtigen in den Jahren 1989-1994 nur 685 Personen verurteilt, das ergibt also eine nur halb so hohe Verurteilungsrate von 32,2%.

Die einzige „Grundlage“ für das Urteil gegen den 28-jährigen war ein Kalender, in den der Angeklagte männliche Vornamen eingetragen hatte. Kein einziger Zeuge war zu finden.

Die Lesben- u. Schwulenbewegung hat nach diesem Skandalurteil dem Parlament eine Frist von 100 Tagen (bis 24.6.96) gegeben, über dieses Gesetz abzustimmen. „Danach werden wir“, so Michelides (Vors. des Österr. Lesben und Schwulenforums), „die Kampagne internationalisieren und ausweiten.“

## Wien - U-Bahn Stephansplatz

Es ist ein normaler Samstagabend. Jugendliche - der eine oder andere mit grünen-Haaren - stehen herum. Plötzlich kommen Polizisten, verlangen Ausweise und nehmen Jugendliche mit. Auf Nachfragen, warum Ausweise kontrolliert werden, ist meist „Weil i des sog“ zu hören. Ein Schauermärchen? Nein, Realität in Wien 1996!

Offensichtlich soll der Stephansplatz von „nicht gaaanz braven“ Jugendlichen gesäubert werden. Viele Polizisten kehren den „Rambo“ hervor: Beamte, die sich abwechselnd als britische Geheimagenten (Nummer 007) und Eau de Cologne (4711) fühlen, sind keine Seltenheit. Immer wieder wird berichtet, daß Jugendliche von Polizisten gewaltsam „behandelt“ werden. Auch Fälle, wo Mädchen von männlichen Polizisten

durchsucht werden, kommen vor.

Gemeinsam mit BesucherInnen des Stephansplatzes hat „Jugend gegen Rassismus“ eine Kampagne gegen Polizeiwillkür gestartet. Aber wir wollen mehr. Solange es für Jugendliche keine Jugendzentren gibt, wo sie sich in Ruhe treffen können, werden immer wieder U-Bahnstationen zu Treffpunkten umfunktioniert. Als ersten Schritt der Aufklärung haben wir ein Flugblatt mit den wichtigsten Punkten aus dem Sicherheitspolizeigesetz zusammengestellt, das über unsere Kontaktadresse (Pf.8, 1061 Wien) zu beziehen ist. Wir sind regelmäßig am Stephansplatz zu finden, um gemeinsam gegen Übergriffe der Uniformierten vorgehen zu können.

Michi Bonvalot, JRE-Wien Nord